

Revision der Verordnung der Synode über Entschädigungen in der Evangelischen Landeskirche des Kantons Thurgau

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die geltende Entschädigungsverordnung datiert vom 26. November 2012 mit Änderungen vom 24. November 2014 (KGS 12.3). Gemäss § 3 ist sie jeweils im dritten Jahr einer Amtszeit der Synode der Teuerung anzupassen. Diese Regel stammt noch aus einer Zeit, da innert vier Jahren die Teuerung ein Mass annahm, das eine Anpassung der Tarife an den Indexstand erforderte (der geltenden Entschädigungsverordnung von 2012 gingen mehrere Vorgängerversionen voraus). Schon bei der Revision im Jahr 2012 war die Anpassung an die Teuerung kein Thema mehr. Es wurden jedoch ein paar kleinere inhaltliche Änderungen vorgenommen.

Die hier vorgeschlagene Änderung der Entschädigungsverordnung hat zwei Stossrichtungen:

- Der Mechanismus, wonach die Ansätze der Verordnung alle vier Jahre der Teuerung anzupassen sind, soll entfallen.
- Es sollen ein paar Änderungen inhaltlicher Art vorgenommen werden, teils handelt es sich um Anpassungen an bereits beschlossenes neues Recht, teils um Neuerungen.

Im Folgenden seien die einzelnen vorgeschlagenen Änderungen gegenüber der geltenden Verordnung erläutert:

§ 1 Geltungsbereich

Die neue Formulierung zum Geltungsbereich enthält das Thema „Abgeltung von Leistungen zwischen Kirchgemeinden“ nicht mehr, weil es in der Verordnung selbst entfallen ist.

§ 3, Abs. 2 (neu)

Aus Kirchgemeinden kam immer wieder die Frage, ob Pfarrer, die auf Gegenseitigkeit, z.B. bei Ferienabwesenheiten, sich vertreten, Anspruch auf Bezahlung ihrer Stellvertretungsdienste haben. Während in früheren Jahrzehnten die Vertretung auf Gegenseitigkeit, ohne Bezahlung, selbstverständlich war, hat sich in den letzten Jahren zunehmend die Praxis der Entschädigung durchgesetzt. Ein Grund dafür dürfte die Zunahme von Teilpensen im Pfarramt sein.

Der vorliegende Vorschlag geht davon aus, dass im Normalfall pfarramtliche Stellvertretungen, die von den Verantwortlichen der betr. Kirchgemeinde offiziell organisiert wurden (und nicht z.B. eine Gefälligkeit gegenüber Privaten bei Kasualien darstellen), auch entschädigt werden. Eine Lösung auf Gegenseitigkeit ohne Entschädigung soll aber weiterhin möglich sein, sofern es das Pensum zulässt. Die diesbezüglichen Entscheidungen haben die örtlichen Aufsichtskommissionen zu fällen. Diese können, bei Inhabern von 100%-Pfarrstellen, eine Obergrenze von möglichen abgegoltenen Stellvertretungen festlegen, etwa im Sinn von § 2, Abs. 2.

§ 3 (alt)

Der zwingende Mechanismus, alle vier Jahre die Ansätze der Verordnung wieder zur Disposition stellen zu müssen, macht keinen Sinn. § 3 (alt) soll deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass inhaltlich begründete Anpassungen immer mal wieder nötig waren (und mit Teilrevisionen auch vorgenommen wurden), aber die Voraussetzungen für eine reine Anpassung der Ansätze aufgrund des Teuerungsindex nicht gegeben waren. Wenn in Zukunft Anpassungen aus sachlichen Gründen, oder vielleicht dann doch auch wieder einmal aus Gründen der Teuerung, nötig sind, können diese durch Teilrevisionen vorgenommen werden.

§ 6

Die Systematik dieses Paragraphen war bisher nicht ganz logisch. Während in der Einleitung auch von den „Beauftragten der Landeskirche“ die Rede war, regelten die Bestimmungen in Ziffer 1 a-d nur die Kostenaufteilung bei gewählten und angestellten Mitarbeiter(inne)n der Kirchgemeinden.

Neu soll festgehalten werden, dass bei Angestellten der Kantonalkirche, abgesehen vom Selbstbehalt für Unterkunft und Verpflegung, die Kosten zu 100% durch die Landeskirche getragen werden. Das entspricht der geltenden Praxis.

§ 7 und 8 (alt)

Diese Paragraphen entfallen, da die „Abgeltung von Leistungen“ neu durch eine eigene diesbezügliche synodale Verordnung geregelt ist.

§ 14 (neu) bzw. 16 (alt)

Der Ansatz für Mentoren und Mentorinnen, die für Verweser(innen) oder Berufseinsteiger(innen) zuständig sind, soll erhöht werden. Gleichzeitig soll der Auftrag ausgeweitet und konkretisiert werden. Der Kirchenrat wird ein diesbezügliches Merkblatt erarbeiten.

§ 16 (neu) bzw. 17 (alt)

Schon nach geltendem Recht zahlt die Landeskirche an Praktikant(inn)en immer mal wieder Praktikumsentschädigungen. Gedacht ist da insbesondere an Praktika, die vor der Ausbildung oder im Rahmen der Vollzeitausbildung zum Diakon oder zur Diakonin geleistet werden.

Nun hat sich insofern eine neue Situation ergeben, als am Theologisch-diakonischen Seminar (TDS) Aarau - vollzeitlich oder berufsbegleitend - eine Ausbildung durchlaufen werden kann, die sowohl einen staatlichen als auch einen kirchlichen Abschluss auf Stufe Höhere Fachschule (HF) ermöglicht: „Sozialdiakonie mit Gemeindeanimation HF“.

Durch die staatliche Anerkennung der TDS-Ausbildung sind die Anforderungen an Gemeinden, die TDS-Studierenden Praxisplätze anbieten, gestiegen, sowohl für das 18-wöchige Gemeindepraktikum der Vollzeitstudierenden als auch für Studierende, die den berufsbegleitenden Lehrgang absolvieren und teilzeitlich in einer Kirchgemeinde angestellt sind. Um die hohen Anforderungen der doppelten Qualifikation erfüllen zu können, ist bei einer berufsbegleitenden Ausbildung eine Erwerbstätigkeit in einem völlig anderen Berufsfeld nicht mehr möglich. Für das 4-jährige berufsbegleitende Studium müssen Studierende während mindestens drei Jahren eine 50%-Anstellung in einer Kirchgemeinde haben. Darum muss es Kirchgemeinden geben, die eine Art „Lehrstelle“ für diese Auszubildenden anbieten. Diese Kirchgemeinden haben durchaus einen Nutzen davon, sind die in der Ausbildung Befindlichen doch während mehrerer Jahre in ihrer Gemeinde tätig. Sie sind zwar Lernende, können aber in manchen Bereichen von Anfang an vollwertige Arbeit leisten.

Dennoch sieht der Kirchenrat auch die Landeskirche in der Pflicht. Er schlägt vor, Entschädigungen der zu 50% tätigen „Lehrlinge“ von bis zu Fr. 2'400.- pro Monat anzuerkennen und daran die Hälfte zu bezahlen, d.h. max. Fr. 1'200.- pro Monat. Dieser Betrag wird an die jeweilige Kirchgemeinde bezahlt. Sie trägt alle weiteren anfallenden Kosten (die zweite Hälfte der Lohnkosten, die gesamten Lohnnebenkosten sowie allfällige Betreuungskosten).

Der dadurch für die Landeskirche entstehende Finanzbedarf von max. Fr. 14'400.- pro Auszubildenden und Jahr ist nicht gering. Aber im Sinn der Nachwuchsförderung scheint er dem Kirchenrat gerechtfertigt. Auch sollen die Bemühungen der Kirchgemeinden, die sich verbindlich auf dieses Unternehmen einlassen, von der Landeskirche unterstützt werden. Zur Qualitätssicherung bei den „Lehrstellen“ trägt im Übrigen das TDS Aarau viel bei, indem für die Betreuung der Auszubildenden verbindliche Regeln bestehen.

Der Kirchenrat beantragt der Synode, auf die vorliegende Revision der Entschädigungsverordnung einzutreten, sie im Detail zu beraten und die neue Verordnung auf 1. Jan. 2017 in Kraft zu setzen.

Frauenfeld, 20. April 2016

EVANGELISCHER KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Der Präsident	Der Aktuar
Pfr. Wilfried Bühner	Ernst Ritzi